1 Präambel

Der Kreisvorstand der CDU Ostholstein wird beauftragt einen Antrag mit nachstehend aufgeführten Forderungen und Thesen zu formulieren und diesen an den nächsten Landesparteitag der CDU Schleswig- Holstein zu stellen.

Überdies werden die Abgeordneten und Mandatsträger aufgefordert, den Inhalt dieses Antrages zu vertreten und für seine inhaltliche Umsetzung in den entsprechenden Gremien der Parlamente und auch der Partei zu kämpfen.

2 Allgemeines

Finanzielle Mittel sind in allen Haushaltsbereichen knapp. Es scheint dennoch vor dem Hintergrund mangelnder Rohstoffe nicht sinnvoll zu sein, die eigene Ressource unseres Landes, die Bildung, kaputt sparen zu wollen. Schleswig-Holstein kann nur langfristig bestehen, wenn auch in unserem Land an der Zukunft gearbeitet wird. Den langjährigen Versprechen sollen nun auch Taten folgen.

Der Gedanke, je weniger Lehrer, desto geringer die Kosten, ist zu kurz gedacht, beeinträchtigt er die zukünftigen Bildungschancen der jungen Generation. Die Wahlversprechen hinsichtlich des demographischen Wandels, keine weiteren Kürzungen im Bildungsbudget vorzunehmen, dürfen nicht gebrochen werden. Eine solide Bildung ist Grundstein für zukünftige Steuer- und damit auch Rentenbeiträge, denn qualifizierte Arbeitskräfte zahlen in die Klassen ein und entlasten somit die Transferleistungen.

Um der jungen Generation bessere Bildungschancen zu garantieren, muss der Bund in stärkerem Maße ein Mindestmaß an Einheitlichkeit an allen öffentlichen Schulen in Deutschland garantieren.

Das erfordert eine gesetzliche Zuständigkeit des Bundes in Bildungsfragen.

3 Schulpolitik

Die CDU Ostholstein fordert die CDU geführte Landesregierung auf, sich für die Übertragung der Zuständigkeit in den Bereichen der Bildungspolitik auf den Bund einzusetzen. Nur dies kann zu einem einheitlichen und vergleichbaren Bildungsniveau in Deutschland führen, um unsere Schulabsolventen international wettbewerbsfähiger zu machen.
Die CDU Ostholstein bekennt sich klar zum Gymnasium.
Jedoch darf es nur zwei Säulen im Bereich der Sek1 geben. (Gymnasium/ Reg-GemS)

Die CDU begrüßt die aktuelle Diskussion um verpflichtende Deutschkenntnisse. Sie fordert nachhaltig verpflichtende Sprachstandserhebungen vor Schuleintritt mit dem Ziel einer rechtzeitigen Förderung, damit das sprachliche Defizit den schulischen Erfolg nicht beeinträchtigen kann.

Die CDU bekennt sich klar zu Leistungsrückmeldungen an die Schülerinnen und Schüler, die sich an den erreichten Kompetenzen orientieren und schließt nicht aus, dass Schulen auch Zensuren ab der 2. Klasse erteilen können, die jedoch die Anforderungsebene erkennen lassen müssen.

Eine maximale Klassengröße von 25 Schülern pro Klasse ist in jeder Schulform und Klassenstufe nicht zu überschreiten. In der Grundschule sollte diese Grenze bei 22 Schülerinnen und Schülern liegen. Nur dieses gewährleistet eine individuellere und leistungsgerechtere Förderung.
Außerdem werden die Lehrkräfte spürbar entlastet.
Kinder und Jugendliche bildungsferner Kreise bedürfen im Sinne der Chancengleichheit einer besonderen Förderung.

Die CDU Ostholstein fordert die Landesregierung auf, sich klar, unmissverständlich und einheitlich für alle Gymnasien, verbindlich zum Abitur nach zwölf Jahren zu bekennen. In diesem Zusammenhang müssen die Lehrpläne angepasst werden. Vorhandene Themendoppelungen sind zu bereinigen und von unzeitgemäßem Ballast zu befreien.
Neben der kritischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus muss auch für die Bearbeitung der jüngeren deutschen Geschichte ausreichend Raum bleiben. Neben der Entwicklung zur Bundesrepublik Deutschland muss auch die Gründung der DDR und die Entwicklung zum SED Staat bearbeitet werden. Auch die Entstehung und die Auswirkungen des RAF Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland gehört zum Allgemeinwissen eines Bürgers und darf deshalb in der Schule nicht ausgespart werden.

Neuen Fächern wie Verbraucherbildung, Angewandte Informatik oder fächerübergreifender Unterricht kommen besonderer Bedeutung zu, denn das Bilden von Sozialkompetenzen, das Erkennen fächerübergreifender Lernansätze wird für die jungen Menschen eine immer stärkere Rolle spielen. Im Rahmen der Überarbeitung der Lehrpläne muss für alle Schularten ein Schwerpunkt auf Fächer und Inhalt gelegt werden, die die kreativen Kräfte, die soziale Kompetenz und die Werteorientierung in den jungen Menschen wecken und stärken.
Dazu können nach Überzeugung der CDU Ostholstein die Fächer Musik, Kunst, Sport und Religion einen wesentlichen Beitrag leisten.
Sie sind Grundlagenfächer zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Deshalb müssen diese Fächer fest und in angemessenem Umfang in den Stundentafeln für alle Schularten und Jahrgänge verankert bleiben und vor allem auch erteilt werden!
Es ist darauf hinzuwirken, dass entsprechend qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden bzw. Menschen mit entsprechender Qualifikation als Quereinsteiger eingesetzt werden.

Wir fordern die Schleswig-Holsteinische Landesregierung auf, das Zentralabitur dahingehend zu reformieren, dass die zentral gestellten Aufgaben in einer Stichprobe auch von neutralen Bewertern beurteilt werden. Dadurch werden die Objektivität und eine bessere Vergleichbarkeit von Zensuren gewährleistet.

Die CDU Ostholstein bekennt sich ausdrücklich zur Beruflichen Bildung. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil des gegliederten Schulsystems und ermöglicht vielen jungen Menschen jedes Jahr, einen weiterführenden Schulabschluss mit differenzierter Schwerpunktbildung zu erlangen. Die Berufliche Bildung trägt ganz erheblich dazu bei, dass junge Menschen in die Lage versetzt werden, eine Berufsausbildung zu beginnen und erfolgreich abzuschließen. Aufgrund des demographischen Wandels und dem kommenden Fachkräftemangel in den Betrieben der regionalen Wirtschaft ist eine Stärkung der Beruflichen Bildung dringend geboten.

Um die geforderten Qualitätsstandards zu gewährleisten, muss vor der Aufnahme eines Lehramtsstudiums sicher gestellt werden, dass das angestrebte Berufsziel auch zu den Vorstellungen und den Sozialkompetenzen eines Lehrers passt. Der Lehrerberuf hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert und passt nicht mehr in das Bild des Lehrers der Jahrhundertwende. Geeignete Selbstüberprüfungsmöglichkeiten sollen helfen, einer Fehleinschätzung bei der Berufswahl zum Lehrer zu unterliegen.

Die verpflichtende Lehrerfortbildung im Laufe der Dienstzeit gehört in diesem Zusammenhang zu den Kernforderungen und sollte in die Lehrerdienstordnung mit aufgenommen werden.

Insbesondere an den Grundschulen und am Gymnasium muss eine effektive Hochbegabtenförderung fest implementiert werden. Auch hierfür bedarf es besonders ausgebildeter, zumindest aber dafür sensibilisierter Lehrerinnen und Lehrer.

Die CDU hält neue, bildungspolitische Strukturdebatten für schädlich, denn sie stören die Bereitschaft bildungspolitische Vorgaben umzusetzen.

Die CDU fordert einen parteiübergreifenden Konsens mit dem Ziel, für einen langen Zeitraum keine neuen und unnötigen Reformen , insbesondere zur Struktur der Schullandschaft, mehr zu initiieren.